

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

01.11.2010

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 11. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 1. November 2010

Beginn : 17:37 Uhr
Ende : 22:50 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- Norbert Braun
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Klaus Heiden
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Dr. Lüer Kühne
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Prof. Dr. Manfred J. Matschke
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Sebastian Ratjen
- Anja Reuhl
- Angelika Richter
- Karl-Dieter Schmidt
- Dr. Mignon Schwenke
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Ingo Ziola

Entschuldigt : Alexa Worm

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. Bericht des Ombudsmannes
6. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
 - 6.1. Kommunale Anschlussbahn
 - 6.1.1. Kommunale Anschlussbahn
SPD-Fraktion
 - 6.1.2. Kommunale Anschlussbahn (Interessenbekundungsverfahren) B218-11/10
CDU-Fraktion
 - 6.2. 8. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B220-11/10
(Abwassergebührensatzung)
Abwasserwerk Greifswald
 - 6.3. Änderung der Vertretung für den Stadtjugendring im Jugendhilfeausschuss B221-11/10
Dez. III, Amt 51
 - 6.4. Grundsatzbeschluss zur Bildung eines gemeinsamen Gremiums gemäß § 19 Abs. 1, Satz 2 LNOG M-V B222-11/10
Oberbürgermeister
 - 6.5. Verfassungsbeschwerde gegen das Kreisstrukturgesetz vom 12.07.2010 B223-11/10
Oberbürgermeister
 - 6.6. Beteiligung der Fernwärme Greifswald GmbH an der ENERTRAG SWG B224-11/10
Windfeld Uckermark GmbH & Co.KG
Dez. I, Beteiligungsmanagement
 - 6.7. Außerplanmäßige Inanspruchnahme einer Verpflichtungsermächtigung B225-11/10 für den 2. Bauabschnitt des Grabens 25/2
Dez. II, Amt 60
 - 6.8. Radverkehrsplan Greifswald 2010 (RVP) B226-11/10
Dez. II, Amt 60
 - 6.9. Fernwärmesatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B219-11/10
Dez. II, Amt 60
 - 6.10. Hafengebührensatzung 2011/2012/2013 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Häfen der Stadt
Dez. II, Amt 66
 - 6.11. Bebauungsplan Nr. 105 – Steinbeckervorstadt - Aufstellungsbeschluss B227-11/10
Dez. II, Amt 60
 - 6.12. Kostenlose Ablieferung von bioorganischen Abfällen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
interfraktioneller Antrag
 - 6.13. Veröffentlichung von schulischen Terminen und Informationen B228-11/10
FDP-Fraktion
 - 6.14. Grüne Welle auf der Wolgaster Straße B229-11/10
CDU-Fraktion
 - 6.15. Wartehäuschen Rigaer Straße B230-11/10
SPD-Fraktion
 - 6.16. Ablehnung von Transport und Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen im ZLN aus anderen Bundesländern als Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg B231-11/10
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 6.17. Verschiebebahnhof der Bundesregierung zulasten der Kommunen beenden B232-11/10
Die Linke

- 6.18. Umbesetzungen der Ausschüsse für Bau, Soziales und Hauptausschuss **B216-11/10**
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.19. Ausschreibung der Stelle der/des Beigeordneten **B217-11/10**
Dez. I , Amt 10
- 6.20. Sanierung Tiefkeller
Herr Burmeister
7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
9. Mitteilungen des Präsidenten
10. Bestätigung der Niederschrift vom 27.09.2010
11. Schluss der Sitzung

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, gibt aus Anlass des 10. Jahrestages der Wiederkehr dieses Datums eine Erklärung ab. Der Oberbürgermeister erinnert an den menschenverachtenden Überfall in der Nacht vom 24. zum 25. November im Jahr 2000. In dieser Nacht ermordeten drei junge Männer den Obdachlosen Eckard Rütz in Greifswald. In dieses Gedenken wird auch Klaus-Dieter Gerecke († 24.06.2000) eingeschlossen, der ähnlich auf schreckliche Weise ums Leben gekommen war.

Alle Anwesenden legten vor der Bürgerschaftssitzung im Gedenken an diesen sinnlosen Tod eine Schweigeminute ein.

Seitens der Bürgerschaftsmitglieder gibt es keine Einwände gegen Film-, Bild- und Tonaufzeichnungen.

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow eröffnet die 11. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 40 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, und sein Stellvertreter, Herr Dembski, sowie der kommissarische Leiter des Dezernates II, Herr Hochheim, sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert über das Vorliegen folgender Tischvorlagen:

- Umbesetzungen der Ausschüsse für Bau, Soziales und Hauptausschuss
Einbringer: Bündnis 90 / Die Grünen
wird als TOP 6.18 aufgenommen und vor TOP 6.1 behandelt

- Ausschreibung der Stelle der/des Beigeordneten
Einbringer: Dez. I , Amt 10
wird als TOP 6.19 aufgenommen und nach TOP 6.18 behandelt

Außerdem wurden zwei Änderungsanträge ausgereicht zu TOP 6.12 „Erhebung von Abfallgebühren“ und zu TOP 6.10 „Hafengebührensatzung“. Zur

Fernwärmesatzung TOP 6.9 wurde eine neue Satzung der Verwaltung und ein neuer Vorschlag der Bürgerliste ausgereicht.

Herr Liedtke zieht den Tagesordnungspunkt 6.12 (Kostenlose Ablieferung von bioorganischen Abfällen) zurück, um noch einmal im zuständigen Abfallausschuss darüber zu beraten.

Außerdem beantragt Herr Liedtke, den TOP 6.16 (Ablehnung von Transport und Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen im ZLN aus anderen Bundesländern als Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg) von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Hochschild beantragt im Namen der CDU-Fraktion, den TOP 6.9 (Fernwärmesatzung) vor TOP 6.2 (8. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung) zu behandeln.

Herr Pegel informiert, dass es im Bildungsausschuss einen Antrag gab, dass die Verwaltung umgehend mit den Planungen für die Umsetzung der Verpflichtungsermächtigungen (Tiefkeller Fischer-Schule und Humboldt-Gymnasium) gemäß Beschluss der Bürgerschaft vom 14.12.2009, Pkt. 6.4, beginnt und die Maßnahmen entsprechend in die Prioritätenliste zur Haushaltsplanung 2011 (Kategorie 0) aufnimmt.

Herr Dr. Fassbinder teilt mit, da Herr Liedtke den TOP 6.12 zurückgezogen hat, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Änderungsantrag ebenfalls zurückzieht.

Der Präsident teilt mit, dass das erweiterte Präsidium sich verständigt hat, die Tagesordnungspunkte 6.18 und 6.19 entsprechend in die Tagesordnung einzuordnen.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, den Tagesordnungspunkt 6.9 aufgrund der anwesenden Bürger vor TOP 6.2 einzuordnen.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Der Präsident stellt an dieser Stelle fest, dass 41 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Danach lässt Herr Liskow darüber abstimmen, den von Herrn Pegel gestellten Antrag zu den Verpflichtungsermächtigungen als TOP 6.20 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Danach stellt der Präsident die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

- keine Fragen

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine Fragen

Zu TOP: 5 Bericht des Ombudsmannes

Der Ombudsmann, Herr Matthias Köpp gibt entsprechend der Festlegungen in der Hauptsatzung den Tätigkeitsbericht des Ombudsmannes bei der ARGE. Anhand einer Präsentation gibt er entsprechende Erläuterungen. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Nach einigen Nachfragen und Bemerkungen erklärt Herr Senator Dembski, dass regelmäßig Auswertungen der Ergebnisse der Arbeit des Ombudsmannes mit der Trägerversammlung der ARGE erfolgen. Diese Arbeit ist ein langwieriger Prozess, der mit Menschen und der Qualität der Behördenarbeit zusammenhängt. Die ARGE zeigt sich aufgeschlossen gegenüber Veränderungen.

Zu TOP: 6 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 6.18 Umbesetzungen der Ausschüsse für Bau, Soziales und Hauptausschuss B216-11/10

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Umbesetzungen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in den Ausschüssen:

Anstelle von Frau Anja Reuhl wird Herr **Dr. Ullrich Bittner** Mitglied des Ausschusses für Bauwesen und Umwelt.

Anstelle von Herr Dr. Ullrich Bittner wird Frau **Anja Reuhl** Mitglied des Sozialausschusses.

Anstelle von Frau Anja Reuhl wird Frau **Dr. Frauke Fassbinder** Stellvertreterin im Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.19 Ausschreibung der Stelle der/des Beigeordneten B217-11/10

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch den Oberbürgermeister. Die Beschlussvorlage einschließlich der Anlagen (zwei Varianten) liegen allen Mitgliedern vor.

Der Präsident stellt fest, dass derzeit 42 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

Herr Liskow lässt über die Variante 1 abstimmen

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür

Herr Liskow lässt über die Variante 2 abstimmen

Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen dafür

Auf die Frage nach den Stimmenthaltungen gibt es keine Reaktion.

Daraufhin stellt der Präsident fest, dass die Variante 2 beschlossen sei.

Herr Dr. Meyer stellt fest, dass keine Variante die Mehrheit aller Bürgerschaftsmitglieder erreicht hat. Er fragt nach, was passiert, wenn beide Varianten von der Mehrheit aller Anwesenden abgelehnt werden.

Herr Liskow erklärt, dass eine Ausschreibung vorgenommen werden muss. Jetzt geht es nur noch um die Variante 1 oder Variante 2.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Dr. Bittner die Wiederholung der Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Variante 1
18 Stimmen dafür

Abstimmungsergebnis: **Variante 2**
19 Stimmen dafür

Der Präsident stellt fest, dass 5 Mitglieder der Bürgerschaft nicht an der Abstimmung teilgenommen haben.

Herr Dr. Meyer gibt eine kleine Erklärung ab, da es möglicherweise falsch interpretiert wird, dass 5 Bürgerschaftsmitglieder nicht an der Abstimmung teilgenommen haben.

Seiner Auffassung nach, könne das Amt auch weiterhin kommissarisch geführt werden. Das sei keine Kritik an der Arbeit von Herrn Hochheim. Er leistet eine sehr gute Arbeit. Herr Dr. Meyer ist der Auffassung, solange nicht klar ist, was mit der Kreisgebietsreform wird, sollte man dieses Amt kommissarisch besetzen. Erst wenn das Gericht entschieden hat, so oder so, sollte eine Besetzung vorgenommen werden.

Damit stellt der Präsident fest, dass die Bürgerschaft mit 19 Ja-Stimmen folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, die Stelle der/des Beigeordneten gemäß § 40 Abs. 5 i.V.m. § 37 Abs. 2 Satz 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V)

nach Variante 2

öffentlich auszuschreiben. Die Veröffentlichung erfolgt im überregionalen Teil der Ostsee-Zeitung und im Internet unter www.greifswald.de.

Zu TOP: 6.1 Kommunale Anschlussbahn

Als Gast begrüßt Herr Liskow Herrn Döbber von der Bundesnetzagentur. Das erweiterte Präsidium hatte sich verständigt, Herrn Döbber das Wort zu geben. Der Präsident lässt formal darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 6.1.1 Kommunale Anschlussbahn (Antrag der SPD-Fraktion)

Für die SPD-Fraktion bringt Herr Dr. Kerath folgende Beschlussvorlage und nimmt die Begründung vor:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister:

1. eine Liste von Dritten zu erstellen, die als Pächter oder Käufer der Eisenbahninfrastruktur zwischen dem Bahnhof Greifswald und dem Hafen Ladebow in Betracht kommen, die Vorleistungen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald entsprechend § 11 Abs. 1 S. 3 AEG zu ermitteln, insbesondere unter Berücksichtigung sämtlicher bisherigen Aufwendungen für Zahlungen an die Deutsche Bahn AG sowie Kaufpreis- und Unterhaltungszahlungen, und die Mindestanforderungen für Investitionen zu formulieren und wertmäßig zu schätzen, die einem Dritten im Rahmen des Angebotsverfahrens als sichere Zusagen abgefordert werden müssen, und diese Unterlagen dann in der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen,
2. für die Bundesnetzagentur eine betriebswirtschaftliche Bewertung der Strecke zwischen dem Bahnhof Greifswald und dem Seehafen Ladebow zu erstellen und unmittelbar im Anschluss im Bundesanzeiger die Absicht zur Stilllegung der Strecke zu veröffentlichen.
3. Mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen eine Rückforderung etwaig ausgereicher Fördermittel für die Anschlussbahn und andere Investitionen zu vermeiden.

Zu TOP: 6.1.2 Kommunale Anschlussbahn (Antrag der CDU-Fraktion)

B218-11/10

Für die CDU-Fraktion bringt Herr Hochschild folgende Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, im Rahmen einer Marktabfrage zu erkunden, ob es Dritte gibt, die Interesse an dem Betrieb der kommunalen Anschlussbahn zum Seehafen Greifswald-Ladebow haben. Hierzu soll ein öffentliches Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden. Im Erfolgsfall soll anschließend die Vergabe an diesen Dritten erfolgen, unter der Maßgabe, dass dieser die Instandsetzung, die bauliche und betriebliche Unterhaltung und den Betrieb der kommunalen Anschlussbahn im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durchführt.

Herr Döbber, juristischer Referent bei der Bundesnetzagentur in Bonn, nimmt zum Thema „Kommunale Anschlussbahn“ Stellung. Er ist u.a. zuständig für die Gewährleistung der Nutzung von Schieneninfrastruktur. Seit Juli letzten Jahres ist er betraut mit einem Verfahren, weil es drei Interessenten gab, die Infrastruktur zum Seehafen Ladebow zu nutzen: die Hochwaldbahn, Preßnitztalbahn und die Usedomer Eisenbahngesellschaft. Ein entsprechendes Nutzungsinteresse besteht nach wie vor. Darüber hinaus gab es einen Interessenten, der die Infrastruktur nicht nur nutzen wollte, sondern auch betreiben, d.h. die Infrastruktur auf eigene Kosten instand zu setzen und dann im Weiteren selbst zu betreiben.

Derzeit wäre zu prüfen, ob Greifswald seiner Verpflichtung nachkommt, den Netzzugang zu gewährleisten. Im August 2010 gab es eine Vor-Ort-Begehung. Dass die Brücke instand gehalten werden muss, sei unbestritten. Ob sich die genannte Gesamtsumme bewahrheitet, sei eine andere Frage. Das müsste im Zweifelsfall noch einmal geprüft werden.

Soll diese Infrastruktur stillgelegt werden, muss dieses bei der zuständigen Eisenbahnaufsichtsbehörde erfolgen. Dann müssten die Zahlen geprüft werden, ob die in einem zumutbaren Verhältnis stehen.

Das angekündigte Interessenbekundungsverfahren ist ja leider im Oktober 2009 nicht zustande gekommen.

Inzwischen gab es Gespräche und eine Anhörung. Sollte ein Interessenbekundungsverfahren nicht stattfinden, wird die Bundesnetzagentur den offiziellen Weg innerhalb dieses Verfahrens weiterbeschreiten. Es wird dann geprüft, ob ein Verwaltungsakt (Bescheid) erlassen werden muss, um sicher zu stellen, dass den Interessenten, die die Infrastruktur nutzen wollen, der Zugang gewährt wird. Sollte das Interessenbekundungsverfahren noch einmal auf den Weg gebracht werden, müsste man schauen, in welchem Zeitrahmen das möglich ist und wann dann welche Verträge unterzeichnet werden.

Die Bundesnetzagentur meint, dass Mitte des nächsten Jahres Klarheit besteht.

Auf die Nachfrage von Herrn Prof. Matschke bestätigt Herr Döbber, dass die drei Interessenten, die an die Bundesnetzagentur herangetreten sind, glaubwürdig und ernst zu nehmen sind.

Frau Socher bringt ihre Verwunderung zum Ausdruck, dass sich die Bundesnetzagentur auf einmal nach 20 Jahren so für dieses kleine Stückchen Eisenbahnstrecke interessiert. „Was steckt dahinter?“

Herr Döbber erklärt, dass die Bundesnetzagentur entsprechend gesetzlicher Vorgaben prüfen muss, wenn sich jemand an die Agentur wendet. Das Verfahren ist von Amts wegen eingeleitet. Es wurde geprüft und im Ergebnis festgestellt, dass ein Zugangsanspruch besteht. Die HGW muss alles unternehmen, um die Infrastruktur befahrbar zu machen. Die HGW hätte sie nicht verfallen lassen dürfen und das kritisiert die Bundesnetzagentur.

Aufgrund der gemachten Äußerungen unterstützt Frau Socher für ihre Fraktion die Meinung der SPD-Fraktion, wie von Herrn Dr. Kerath eingebracht.

Herr Döbber empfiehlt aber das Interessenbekundungsverfahren aufgrund der Zweifel, ob es wirklich Interessenten gibt. Sollte sich die Bürgerschaft nicht entscheiden, sieht sich die Bundesnetzagentur gezwungen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Im Rahmen der Diskussion bittet der Oberbürgermeister die Mitglieder der Bürgerschaft, das Gleis nicht losgelöst von der Nutzung des Ladebower Hafens zu betrachten. Am Freitag ging ein Schreiben des Wirtschaftsministeriums in der Stadtverwaltung zu diesem Thema ein, worin die Stadt aufgefordert wird, einige Fragen zu beantworten. Der Oberbürgermeister zitiert aus diesem Schreiben, das dem Protokoll als Anlage beigefügt werden kann.

Auch Herr Dr. König ist für ein Interessenbekundungsverfahren, um danach zu entscheiden, wie mit dem Anschlussgleis und dem Hafen Ladebow umgegangen werden soll.

Aufgrund einer kritischen Bemerkung von Herrn Dr. Bittner, warum der Oberbürgermeister auf „Tauchstation“ gegangen sei, stellt der Oberbürgermeister

richtig, dass weder er noch die Verwaltung auf „Tauchstation“ gegangen sind. Die Verwaltung wollte ein Interessenbekundungsverfahren auf den Weg bringen. Der Hauptausschuss hat aber (am 13.09.2010) abgelehnt, diese Vorlage in der Bürgerschaftssitzung (am 27.09.2010) zu behandeln. Der Oberbürgermeister kann mit einem Interessenbekundungsverfahren nicht garantieren, dass damit allen eventuellen Rückforderungsansprüchen aus dem Weg gegangen wird.

Herr Dr. Meyer beantragt gemäß Geschäftsordnung, Abbruch der Debatte und sofortige Abstimmung über beide gestellten Beschlussanträge.

Der Präsident lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Damit lässt der Präsident alternativ zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

Danach stellt der Präsident den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen

Damit fasst die Bürgerschaft folgenden Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, im Rahmen einer Marktabfrage zu erkunden, ob es Dritte gibt, die Interesse an dem Betrieb der kommunalen Anschlussbahn zum Seehafen Greifswald-Ladebow haben. Hierzu soll ein öffentliches Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden. Im Erfolgsfall soll anschließend die Vergabe an diesen Dritten erfolgen, unter der Maßgabe, dass dieser die Instandsetzung, die bauliche und betriebliche Unterhaltung und den Betrieb der kommunalen Anschlussbahn im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durchführt.

Zu TOP: 6.9 Fernwärmesatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B219-11/10

Der Präsident informiert, dass die Verwaltung eine überarbeitete Fernwärmesatzung vorgelegt hat, die vor der Sitzung ausgereicht wurde. Dazu gibt es von der Bürgerliste einen entsprechenden Änderungsantrag der Bürgerliste.

Herr Hochheim bringt die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und nimmt die Begründung vor.

Der Präsident teilt mit, dass Herr Dreißen, Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH anwesend ist, falls es noch Fragen geben sollte. Über ein Rederecht für Herrn Dreißen muss dann noch entschieden werden.

Für die CDU-Fraktion nimmt Herr Hochschild Stellung, die den Anschlusszwang für Nutzer ablehnt. Im Rahmen seiner Ausführungen bedauert er, dass die Kompromisslösung mit einer Nennwärmeleistung von 50 KW als Minimum nicht die Mehrheit gefunden hat. Die CDU-Fraktion beantragt, im § 8 Punkt 5

wie folgt aufzunehmen:

Vom Anschluss- und Benutzungszwang befreit sind auch Wärmeversorgungsanlagen in Gebäuden mit bis zu einer Gesamtnennwertleistung von 50 KW und den Energieträgern Erdgas und Heizöl.

Die CDU-Fraktion beantragt eine namentlich Abstimmung über den Beschluss zur Fernwärmesatzung

Für die Linksfraktion nimmt Herr Dr. Kasbohm anhand einer Präsentation Stellung. Diese Präsentation liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor.

Herr Dr. Kerath spricht für die SPD-Fraktion und er bringt zum Ausdruck, dass die vorgelegte Fernwärmesatzung Unterstützung findet. Besonders weist Herr Dr. Kerath auf den § 12 hin, dass die Satzung nach 5 Jahren überprüft werden soll.

Aufgrund einiger Irritationen stellt Herr Hochheim klar, dass es um den Satzungstext Stand 27.10.2010 und den Beschlusstext Stand 27.09.2010 geht.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Dr. Bittner. Wenn die Fernwärme weiterhin effektiv wirken soll, so Herr Dr. Bittner, dann müsse man verhindern, dass in dem Bereich nennenswerte Abstürze erfolgen, dass nennenswerte Gebäude aus dieser Fernwärme herausfallen. Herr Dr. Bittner erläutert diese Aussage. Dasselbe Phänomen ist beim Abfall, im Schmutzwasserbereich oder bei der Regen- oder Trinkwasserversorgung zu verzeichnen.

Der Präsident bittet die anwesenden Bürger, Willensbekundungen zu unterlassen.

Herr Prof. Matschke spricht für die FDP-Fraktion, die den Anschlusszwang ablehnt, weil es keine zu rechtfertigenden Gründe gebe, die den Anschlusszwang rechtfertigen. Im Rahmen seiner Ausführungen verweist er auf das Rechtsgutachten, das zur Fernwärmesatzung angefertigt wurde.

Herr Radicke spricht für die Bürgerliste und er hebt hervor, dass die vorgelegte Fernwärmesatzung Ergebnis gemeinsamer Arbeit aller Fraktionen und der Verwaltung ist. Hervorzuheben sei der Bestandsschutz aller Wärmeerzeugungsanlagen in den kartierten Bereichen. Herr Radicke erklärt, dass die Stadtwerke GmbH mit dieser neuen Satzung einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Finanzen der ganzen Stadt leistet.

Die Bürgerliste beantragt eine Änderung zur vorgelegten Fernwärmesatzung der Verwaltung. Im § 8 soll ein Punkt 5 wie folgt eingefügt werden:

Befreit vom Anschluss- und Benutzungszwang sind Gebäude mit Wärmeversorgungsanlagen von maximal 15 KW Gesamtnennwärmeleistung.

Die ursprünglich eingereichte Neufassung des § 10 Punkt 3 wird zurückgezogen.

Der Präsident lässt an dieser Stelle über das Rederecht von Herrn Dreißen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Damit nimmt Herr Dreißen, Geschäftsführer für die Stadtwerke Greifswald GmbH Stellung zur Fernwärmesatzung.

Im Rahmen seiner Ausführungen erklärt er, dass die Monopoldiskussion nicht

zielführend sei und zu den Akten gelegt werden könne. Er wünscht sich eine gemeinsame Arbeit.

Für die CDU-Fraktion ergreift Herr Ziola das Wort. Während der Ausführungen stellt er fest, dass Klima- und Umweltschutz nur funktionieren, wenn Wirtschaft und Handwerk funktionieren. Seiner Meinung nach reichen die Vorgaben der Bundesregierung aus, um einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Mit einer Zustimmung zur Fernwärmesatzung stimme man einer Monopolbildung zu.

Der Präsident weist noch einmal darauf hin, dass Willensbekundungen von Gästen nicht erlaubt sind, um die Willensbildung der Bürgerschaft nicht zu beeinflussen.

Für die Linksfraktion spricht Frau Socher und sie verbindet das mit einem Dankeschön an die Stadtverwaltung hinsichtlich des Klimaschutzkonzeptes und die endlich vorliegende Fernwärmesatzung.

Da Herr Ratjen während seiner Wortmeldung beleidigend wird, erhält er vom Präsidenten um 19:45 Uhr einen Ordnungsruf.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Multhauf, die Beschlussfassung zur Fernwärmesatzung zurückzustellen. Alle Beteiligten sollten sich mit den Stadtwerken zusammensetzen und nach besseren Lösungen suchen.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen teilt der Präsident mit, dass vor der namentlichen Abstimmung der Fernwärmesatzung auf Antrag der Linksfraktion eine Pause eingelegt wird.

Pause von 19:52 Uhr bis 20:12 Uhr

Zunächst lässt der Präsident über den Antrag von Herrn Multhauf abstimmen, die Vorlage zurück in die Gremien und die Verwaltung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Ja-Stimmen, 24 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt

Danach lässt der Präsident über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, der im § 8 Abs. 5 maximal 50 KW Gesamtnennwärmeleistung vorsieht.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Ja-Stimmen, 24 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen abgelehnt

Danach lässt der Präsident über den Antrag der Bürgerliste abstimmen, im § 8 folgenden Punkt 5. aufzunehmen:

Befreit vom Anschluss- und Benutzungszwang sind Gebäude mit Wärmeversorgungsanlagen von maximal 15 KW Gesamtnennwärmeleistung.

Abstimmungsergebnis: bei 26 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

Danach ruft der Präsident die Mitglieder der Bürgerschaft zur namentlichen Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage vom 27.10.2010 zur Fernwärmesatzung auf.

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Fernwärme-Satzung.
2. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald wirkt auf ihr städtisches Unternehmen, die Fernwärme GmbH ein, ihren Kohlendioxid ausstoß bis zum Jahre 2020 um 7-10 % (4.215 – 6.022 t) zu senken. Grundlage stellt die Kohlendioxidemission der Wärmeerzeugung aus dem Jahre 2005 dar.

Dr. Bartels	Gerhard	ja
Behrendt	Ursula	ja
Berger	Ulrike	ja
Dr. Bittner	Ullrich	ja
Braun	Norbert	ja
Burmeister	Ulf	ja
Cymek	Erich	nein
Dr. Fassbinder	Stefan	ja
Dr. Fassbinder	Frauke	ja
Dr. Hardtke	Frank	ja
Heiden	Klaus	nein
Heinrich	Marion	ja
Hochschild	Axel	nein
Hoebel	Torsten	Enthaltung
Jochens	Wolfgang	nein
Dr. Joecks	Wolfgang	ja
Dr. Kasbohm	Jörn	ja
Dr. Kerath	Andreas	ja
Krille	Edda	ja
Kruse	Christian	nein
Dr. Kühne	Lüer	Enthaltung
Leddin	Angela	nein
Liedtke	Jürgen	nein
Liskow	Franz-Robert	nein
Liskow	Egbert	Enthaltung
Littmann	Dirk	ja
Dr. Matschke	Manfred	nein
Dr. Meyer	Thomas	ja
Multhauf	Peter	nein
Mundt	Thomas	nein
Pegel	Christian	ja
Radicke	Christian	ja
Ratjen	Sebastian	nein
Reuhl	Anja	ja
Richter	Angelika	ja
Schmidt	Karl-Dieter	ja
Dr. Schwenke	Mignon	ja
Socher	Birgit	ja
Spring	Ludwig	ja
Dr. Steffens	Rainer	nein
Thonack	Mechthild	nein
Ziola	Ingo	nein

Abstimmungsergebnis: bei 24 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.2 8. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Abwassergebührensatzung)
B220-11/10

Herr Dr. Bartels informiert, dass es im Werkausschuss des Abwasserwerkes eine ausführliche Diskussion gegeben hat. Er teilt mit, dass er gegen diese Satzung stimmen wird, weil er und seine Fraktion gegen die Eigenkapitalverzinsung ist.

Auf die Frage von Herrn Liskow nach einem Rederecht für Herrn Lorke spricht sich kein Bürgerschaftsmitglied dagegen aus.

Aufgrund einiger Fragen gibt Herr Lorke, Geschäftsführer der Wasserwerke Greifswald GmbH und Betriebsleiter des Abwasserwerkes der Hansestadt Greifswald den Mitgliedern der Bürgerschaft einige Erläuterungen.

Der Präsident lässt über folgenden ungeänderten Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 8. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Gebührensatzung) mit einer Gebühr in Höhe von **2,12 EUR/ m³** für Schmutzwasser und einer Gebühr für Niederschlagswasser in Höhe von **5,60 EUR pro 10 m²** befestigter Grundstücksfläche.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen und
5 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.3 Änderung der Vertretung für den Stadtjugendring im Jugendhilfeausschuss
B221-11/10

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt Frau Tina Schönerstedt als Stellvertreterin des stimmberechtigten Mitglieds des Stadtjugendrings in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.4 Grundsatzbeschluss zur Bildung eines gemeinsamen Gremiums gemäß § 19 Abs. 1, Satz 2 LNOG M-V
B222-11/10

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein.

Die Fraktionen der CDU, Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen schlagen ihr Mitglied und den Stellvertreter vor.

Danach lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald schließt sich dem Vorschlag des Kooperationsstabes (Anlage 1) an und benennt 4 Mitglieder für das „gemeinsame Gremium“ zur Umsetzung des Landkreisneuordnungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern.

Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl werden folgende Personen bestellt:

Mitglied	Stellvertreter
1. Egbert Liskow	1. Axel Hochschild
2. Dr. Gerhard Bartels	2. Birgit Socher
3. Christian Pegel	3. Dr. Andreas Kerath
4. Dr. Stefan Fassbinder	4. Kay Karpinsky

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.5 Verfassungsbeschwerde gegen das Kreisstrukturgesetz vom 12.07.2010
B223-11/10

Herr Prof. Joecks nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

In der sich anschließenden Aussprache sprechen Herr Pegel, Herr Ratjen, Herr Dr. Bartels, Herr Hochschild und Herr Multhauf zur Diskussion. Da es keine Anträge zur Änderung der Beschlussvorlage gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, das Kreisstrukturgesetz vom 12.07.2010 im Wege einer Verfassungsbeschwerde gerichtlich überprüfen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: bei 31 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.6 Beteiligung der Fernwärme Greifswald GmbH an der ENERTRAG SWG Windfeld Uckermark GmbH & Co.KG
B224-11/10

Aufgrund der Bemerkungen von Herrn Prof. Matschke und Herrn Dr. Bittner gibt Herr Dreißen von der Stadtwerke GmbH einige Erläuterungen.

Da es keine Änderungsanträge zur Beschlussvorlage gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss in ungeänderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erteilt ihre Zustimmung, dass die Fernwärme Greifswald GmbH (FWG) gemeinsam mit der ENERTRAG AG eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) gründet und sich an dieser in Höhe von 50% beteiligt. Diese Gesellschaft fungiert als Komplementärin der ENERTRAG SWG Windfeld Uckermark GmbH & Co. KG. Die Bürgerschaft erteilt ebenfalls die Zustimmung, dass sich die FWG mit 50% der Hafteinlage als Kommanditistin an der ENERTRAG FWG Windfeld Uckermark GmbH & Co. KG beteiligt. Die Höhe der Hafteinlage entspricht auf Seiten der SWG der Pflichteinlage.

Die Zustimmung steht unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald GmbH dieser Beteiligung nach Prüfung der wirtschaftlichen Auswirkungen ebenfalls seine Zustimmung erteilt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.7 Außerplanmäßige Inanspruchnahme einer Verpflichtungsermächtigung für den 2. Bauabschnitt des Grabens 25/2
B225-11/10

Die Bürgerschaft beschließt, die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die 2011 geplante Weiterführung der Sanierung des Grabens 25/2 - 2. BA „Gorzberg“ in Höhe von 259.000 EUR.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.8 Radverkehrsplan Greifswald 2010 (RVP)
B226-11/10

Zu dieser Beschlussvorlage gibt es einige Wortmeldungen. Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Hochschild für die CDU-Fraktion, die Einzelmaßnahme „Diagonalquerung“ aus dem Radverkehrsplan zu streichen.

Der Präsident lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Ja-Stimmen, 20 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt

Danach stellt der Präsident den Beschluss über den Radverkehrsplan in ungeänderter Form zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universität und Hansestadt Greifswald beschließt den beiliegenden Radverkehrsplan.

Abstimmungsergebnis: bei 23 Ja-Stimmen, 16 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.10 Hafengebührensatzung 2011/2012/2013 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Häfen der Stadt

Herr Dr. Fassbinder bringt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Bürgerliste folgenden Änderungsantrag ein und nimmt die Begründung vor: Der Änderungsantrag liegt allen Mitgliedern der Bürgerschaft schriftlich vor.

Die neue Hafengebührensatzung wird zur Überarbeitung der Passagen zu den Liegegebühren an die Stadtverwaltung zurückverwiesen. Zu überarbeiten sind insbesondere die § 6,2 (Bemessungsgrundsätze), § 11,2 (Maßstab Liegegebühr) und § 12,1 (Höhe Liegegebühr).

Ziele der Überarbeitung:

- 1) Besserer Kostendeckungsgrad unter Beachtung einer verursachergerechteren Kostenzuordnung*
- 2) Verwendung branchenüblicher Berechnungsgrundlagen für die Liegegebühren (beanspruchte Fläche statt Bootslänge für Dauerlieger)*
- 3) günstige Regelungen für die Vereine, insbesondere den Kinder- und Jugendsport (siehe z. B. § 15,8 und § 16,4 alte Satzung)*

Herr Dr. Fassbinder regt an, die Satzung erneut in der Januarrunde zu behandeln.

Daraufhin bezieht Herr Wixforth, Leiter des zuständigen Fachamtes Stellung. Falsch sei aber die Aussage, dass der Kostendeckungsgrad nicht erhöht worden sei. Man muss bedenken, dass man mit dieser Satzung zu einem einheitlichen Gebührenmaßstab kommt. Herr Wixforth erinnert, dass Mitte letzten Jahres die Hafengebührensatzung durch den Finanzausschuss gestoppt wurde, der darum gebeten habe, die Schiffslänge als Grundlage zu nehmen. Er bezweifelt, dass irgendwann eine Satzung erreicht wird, in der der Gebührensatz „Null“ ist.

Für die Bürgerliste spricht Herr Radicke. Er könne als Vereinsvorsitzender eines Seglervereins beurteilen, dass es Bewertungsunterschiede bei den Liegeplätzen zwischen dem Greifswalder und dem Hafen in Wieck gibt. Anhand von Beispielen erläutert er seine Bemerkung. Herr Radicke vermisst, dass mit den Vereinen gesprochen wird, bevor die Satzung beschlossen werden soll. Deshalb bittet er um die Rückverweisung in die Verwaltung.

Den Vorwurf, dass die Segler nicht beteiligt wurden, kann Herr Wixforth weder bestätigen, noch dementieren. Jedoch stellt er die Frage nach der Befangenheit von Herrn Radicke.

Herr Hochschild schlägt vor, dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Bürgerliste zuzustimmen und die Vorlage zurück in den Finanzausschuss zu verweisen.

Herr Dr. Bartels zeigt sich verwundert darüber, wie Herr Wixforth mit einzelnen Mitgliedern der Bürgerschaft umgeht. In jedem Fall müssen die Vereine in die Erarbeitung der Hafengebührensatzung einbezogen werden. Auch Herr Dr. Bartels ist für einen Rückverweis der Vorlage und bessere Vorbereitung durch das Fachamt.

Herr Wixforth erklärt daraufhin, dass er als zuständiger Amtsleiter durchaus berechtigt ist, seine Ansicht hinsichtlich des Mitwirkungsverbotes von Herrn Radicke zu äußern.

Nach einigen weiteren Bemerkungen in dieselbe Richtung bittet der Präsident um mehr Sachlichkeit gegenüber der Verwaltung.

Herr Wixforth erinnert daran, dass die Verwaltung eine Hafengebührensatzung auf der Grundlage der Kailänge erarbeitet hatte. Diese Vorlage ist bis zum Finanzausschuss gekommen. Dort wurde empfohlen, die Schiffslänge als Grundlage zu nehmen. Das wurde entsprechend umgesetzt und heute vorgelegt. Herr Wixforth kann die Vorwürfe nicht nachvollziehen. Der heute vorgelegte Entwurf wurde öffentlich beraten und warum jetzt die Verwaltung kritisiert wird, ist nicht nachzuvollziehen.

Frau Socher möchte im Rahmen der Diskussion zur Versachlichung beitragen und meint sich zu erinnern, dass Bündnis 90/Die Grünen die Forderung aufgemacht haben, die Schiffslänge als Grundlage zu wählen. Frau Socher fordert die Bürgerschaft auf, der Verwaltung einen klaren Auftrag zu geben, auf welcher Grundlage sie die Gebührensatzung überarbeiten soll.

Herr Radicke schlägt vor, dass Verwaltung, Segler und Vereine sich vor der Beratung in der Bürgerschaft zusammensetzen und über die neue Hafenge-

bührensatzung beraten.

Herr Dr. Fassbinder regt im Rahmen der Diskussion an, dem Änderungsantrag zu folgen und er bittet darum, dass die Verwaltung in den nächsten Fachausschusssitzungen anwesend ist, um auf die gestellten Fragen antworten zu können, welche Unterschiede es zwischen der alten und der neuen Satzung gibt.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und Bürgerliste zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.11 Bebauungsplan Nr. 105 – Steinbeckervorstadt - Aufstellungsbeschluss B227-11/10

Herr Dr. Bittner beantragt, die Beschlussvorlage zurückzuverweisen, bis die Problematik der Stralsunder Straße 10/11 geklärt ist. Ein B.-Plan sollte aufgestellt werden, wenn die Stadt in einem Gebiet eigene Interessen entwickeln will. Herr Dr. Bittner bezweifelt, dass es sinnvoll ist, einen B.-Plan jetzt und überhaupt aufzustellen.

Daraufhin erläutert Herr Kaiser, Stadtbauamtsleiter, dass es mit diesem Aufstellungsbeschluss nicht um die Stralsunder Straße 10/11 geht, sondern um die Entwicklung rückwärtiger Flächen des Grundstückes Stralsunder Straße 10 und der städtischen Flächen, die sich daran anschließen. Es geht ganz genau darum, dass die Stadt bestimmte Ziele verfolgt. Es mussten bereits drei Bauanfragen für dieses Gebiet negativ bescheinigt werden, weil im rückwärtigen Bereich im Augenblick nach § 34 keine Hauptnutzungen zugelassen werden können.

Herr Ratjen kann Herrn Dr. Bittner nicht verstehen und bringt zum Ausdruck, dass man mit der Beschlussfassung Gestaltungsverantwortung übernommen wird, anstatt Wildwuchs zuzulassen.

Herr Kaiser bekräftigt, dass ein Aufstellungsbeschluss dazu dient, alles zu klären, was an Baulichkeiten möglich und nicht gewünscht ist oder auch umgesetzt werden kann.

Frau Socher erklärt, dass es in Eldena im Franz-Wehrstedt-Weg gerade deshalb die Probleme gibt, weil es keinen B.-Plan gibt.

Weil keine Änderungsanträge gestellt werden, lässt der Präsident über folgenden Beschluss in unveränderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 105 – Steinbeckervorstadt – wie folgt:

1. Für das Gebiet Steinbeckervorstadt östlich der Stralsunder Straße (Abgrenzung lt. Anlage 1) soll gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Ziel des Bebauungsplans ist es, den Bereich östlich der Stralsunder Straße aufzuwerten und das Plangebiet, welches sich z. Z. in Teilen als Außenbereich dar-

stellt, als Allgemeines bzw. Besonderes Wohngebiet mit verschiedenen Angebotsstrukturen zu entwickeln.

2. Der Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 29 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.12 Kostenlose Ablieferung von bioorganischen Abfällen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

- vom Einbringer zurückgezogen

Zu TOP: 6.13 Veröffentlichung von schulischen Terminen und Informationen
B228-11/10

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister auf dem Wege der Pressestelle mindestens folgende Termine und Informationen aller kommunaler Schulen p.a. zu veröffentlichen:

- bewegliche Ferientage
- Elterninformationsabende zu den Übergängen in andere Schularten
- Information über die Aufnahmekapazität von Schulen

Abstimmungsergebnis: bei 41 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.14 Grüne Welle auf der Wolgaster Straße
B229-11/10

Frau Heinrich gibt zu bedenken, dass dieser Beschluss ein Vorgriff auf den Haushalt 2011 bedeuten würde. Sollte es zu einer Beschlussfassung kommen, muss der Punkt 2. gestrichen werden. Sie beantragt, eine getrennte Abstimmung der beiden Punkte vorzunehmen.

Im Rahmen der Diskussion schlägt Herr Prof. Joecks vor, den zweiten Halbsatz im Punkt 2. zu streichen.

Herr Hochschild bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion als Deckungsquelle die 50 T€ „Spielgeräte aus der Greifschule“ vorschlägt.

Herr Dr. Kasbohm bringt im Rahmen der Diskussion den Änderungsantrag ein, Punkt 2. wie folgt zu formulieren:

2) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kosten zur Realisierung festzustellen, CO₂-Zertifizierungsmechanismen als Finanzierungsoption zu prüfen und der Bürgerschaft Ergebnisse bis März 2011 zur Entscheidung vorzustellen.“

Im Rahmen seiner Ausführungen gibt er folgende Hinweise:

- a) Bei CO₂-Zertifizierungsmechanismen vorrangig bewerten unter Einbeziehung der Stadtwerke als möglicher Nutznießer der möglichen Zertifikate
- b) Wir sollten bei der Haushaltswahrheit und beim System Prioritätenliste bleiben, sowie nur voll durchgeplante und kassenwirksame Maßnahmen aufzunehmen!

Herr Dr. Bittner geht davon aus, dass niemand etwas gegen die „grüne Welle“ haben könne. Er gibt zu bedenken, dass die Ampeln fast alle Bedarfsampeln sind. Herr Dr. Bittner beantragt, in den Prüfauftrag aufzunehmen, ob es wirklich durch die „grüne Welle“ Zeit- und CO₂-Einsparungen gibt.

Nach einigen weiteren Bemerkungen im Rahmen der Diskussion beantragt Frau Socher, den Punkt 1. zu erweitern, dass gleichzeitig die Bettelschaltung für die Fahrradfahrer beseitigt wird.

Herr Ratjen spricht sich im Namen der FDP-Fraktion für den Antrag von Herrn Prof. Joecks aus.

Auch Herr Dr. Bartels unterstützt den Antrag von Herrn Prof. Joecks.

Als Einbringer der Vorlage nimmt Herr Hochschild den Vorschlag von Herrn Prof. Joecks an.

Der Präsident lässt zunächst über den Antrag von Frau Socher abstimmen, den Punkt 1 zu erweitern „ ... und gleichzeitig die Bettelschaltung für Radfahrer zu beseitigen“.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Danach lässt der Präsident über den Punkt 1. in unveränderter Form abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

- 1.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, welches die Realisierung der „grünen Welle“ in der Wolgaster-Straße verfolgt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Der Präsident geht davon aus, dass die Verwaltung den Antrag von Herrn Dr. Kasbohm als Prüfauftrag entgegennimmt. Deshalb lässt er über den Punkt 2. wie folgt abstimmen:

- 2.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kosten zur Realisierung festzustellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.15 Wartehäuschen Rigaer Straße
B230-11/10

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister an der Bushaltestelle „Rigaer Strasse“ der Linie 5 ein Buswartehäuschen zu errichten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.16 Ablehnung von Transport und Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen im ZLN aus anderen Bundesländern als Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg
B231-11/10

Frau Berger bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Für die Linksfraktion unterstützt Herr Dr. Kasbohm diesen Antrag. Er weist darauf hin, dass dieses Thema durchaus ein kommunales sei.

Herr Liedtke betont, dass er nicht als Mitarbeiter der Energiewerke Nord spricht, sondern als Mitglied der CDU-Fraktion. Er gibt aufgrund der Einbringung von Frau Berger eine umfangreiche Stellungnahme ab.

Der Oberbürgermeister bemerkt, dass das, was hier in der Bürgerschaft passiert, symbolhaften Charakter hat. Das ist der politische Wille der Bürgerschaft, entweder dafür oder dagegen. Rechtlich verbindlich ist solch ein Beschluss nicht, weil es hier um Bundesrecht geht und das kann die Bürgerschaft nicht brechen. In der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes wurde über dieses Thema beraten und gesagt, dass man Transparenz und Klarheit haben und keine falschen Hoffnungen wecken will. „Das Zwischenlager Nord soll vorrangig (nicht ausschließlich) für die radioaktiven Abfälle der Kernkraftwerke Rheinsberg und Lubmin genutzt werden...usw.“
Der Regionale Planungsverband überlegt, dagegen vorzugehen.

Herr Dr. Bartels vertritt die Meinung, dass die Bürgerschaft ihren politischen Willen über die Dinge ausdrücken darf und muss, die unsere Stadt betreffen. Auch das Land hat seinerzeit Landtagsbeschlüsse über Fraktionsgrenzen hinweg fast immer einstimmig gegeben, dass man dazu steht, dass das, was in unserer Region produziert wurde, auch zwischengelagert werden muss. Mehr aber nicht.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen (Herr Dr. Bittner, Herr Ratjen, Frau Berger und Herr Liedtke) stellt Herr Pegel den Antrag, die Debatte abzubrechen und über den vorgelegten Beschlussantrag abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald lehnt die Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen im ZLN aus anderen Kernkraftwerken als Lubmin selbst oder Rheinsberg ab.
Die Bürgerschaft spricht sich gegen den Transport von CASTOR-Behältern über Greifswalder Stadtgebiet aus.

Abstimmungsergebnis: beschlossen bei 22 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 6.17 Verschiebeparkplatz der Bundesregierung zulasten der Kommunen beenden
B232-11/10

Frau Dr. Schwenke bringt für die Linksfraktion anhand einer Präsentation die

Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss in ungeänderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald lehnt das durch die Bundesregierung auf den Weg gebrachte Sparpaket als sozial ungerecht ab. Kürzungen von Sozialleistungen durch den Bund haben unweigerlich höhere Belastungen der kommunalen Haushalte zur Folge. Die finanzielle Basis kommunaler Selbstverwaltung wird weiter eingeschränkt.
2. Alle für unsere Region verantwortlichen Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, die geplanten Maßnahmen im Rahmen des Sparpaketes im Deutschen Bundestag klar abzulehnen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diesen Beschluss den für unsere Region zuständigen Bundestagsabgeordneten zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis: bei 21 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.20 Sanierung Tiefkeller

Herr Burmeister bringt folgenden Antrag aus dem Bildungsausschuss zur Umsetzung einer Verpflichtungsermächtigung für Tiefkeller an der Fischer-Schule und dem Humboldt-Gymnasium ein:

Die Bürgerschaft wird aufgefordert, zu beschließen:

Die Verwaltung beginnt umgehend mit den Planungen für die Umsetzung der Verpflichtungsermächtigungen gemäß Beschluss der Bürgerschaft vom 14.12.2009, Pkt. 6.4 und nimmt die Maßnahmen entsprechend in die Prioritätenliste zur Haushaltsplanung 2011 (Kategorie 0) auf.

Diese Maßnahmen sind nicht in den Haushaltsentwurf aufgenommen worden.

Daraufhin gibt Herr Hochheim einige Erläuterungen.

Die Verwaltung hat sich Gedanken darüber gemacht, wie mit der Tiefkellersanierung umgegangen werden soll. Das Geld reicht nicht aus, eine umfangreiche Sanierung der Tiefkeller durchzuführen. Es kann nur um die Sicherstellung der Betriebssicherheit in den Schulen gehen. Sollten inzwischen Defekte an den Leitungsrohren auftreten, wäre es weniger eine Investition als viel mehr eine Werterhaltung, die über den Verwaltungshaushalt abzuwickeln wäre. Der Vorschlag der Verwaltung wäre, in dem notwendigen Umfang im Verwaltungshaushalt 2011 die Werterhaltung zu erhöhen. Als Deckungsquelle könnte die Einkommenssteuer dienen.

Frau Socher meint, dass die Herangehensweise der Verwaltung im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform nicht so glücklich gewählt sei, was die Schulen betrifft. Die Schulen bekämen erst Geld, wenn was kaputt geht. Sie schlägt vor, zu überlegen, was noch mehr für unsere Schulen getan werden kann.

Auf Anregung von Frau Socher erklärt Herr Hochheim, dass die Verwaltung bemüht ist, Beschlüsse der Bürgerschaft im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten umzusetzen.

Herr Multhauf gesteht im Rahmen der Diskussion, dass er nicht ganz unschuldig an diesem Beschlussantrag ist. Er erklärt, wie es zu diesem Antrag gekommen ist und erläutert das Anliegen.

Herr Burmeister wartet die Gespräche mit der Verwaltung ab und zieht den Antrag zurück.

Herr Liskow vertraut darauf, dass die Verwaltung für die Haushaltsdiskussion 2011 am 13. Dezember einen Vorschlag unterbreiten wird.

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister gibt die Liste der Hauptausschussbeschlüsse und die Information über Termine/wichtige Ereignisse zu Protokoll.

Die NPD-Landtagsfraktion hat beantragt am 10.11.2010 in Greifswald am Fischmarkt und im Thälmann-Ring zwei Infostände aufzustellen (Anlage zum Protokoll).

Herr Hochheim informiert aus dem Dezernat II:

Das Schreiben Antrag zur Aufnahme des Gebietes Schönwald I in das Programm Soziale Stadt wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die freigesetzten Mittel in Höhe von 100 T€ wurden für die Instandsetzung des Geh- und Radweges Anklamer Straße vom Theater bis zur J.-Stelling-Straße eingesetzt.

Herr Hochheim informiert zum Bearbeitungsstand des Abbruchartrages Stral-sunder Straße 10/11, dass das Petruswerk den Antrag gestellt hat. Die Unterlagen wurden gesichtet und dem Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege übersandt. In Abstimmung mit der Abteilung Recht wurde festgelegt, dass der Antragsteller zu hören ist und eine Anfrage beim Verein Kultur und Initiativhaus gestellt wird. Für eine Abrissentscheidung spielen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und Veräußerungsfähigkeit des Gebäudes eine Rolle.

Der letzte Stand ist der, dass das Petruswerk erklärt hat, dass das Gebäude nicht an den Verein verkauft werden soll. Das bedeutet, wenn der Verein weiterhin Kauf- und Sanierungsabsichten verfolgt, müsste das weiter geprüft werden. Das Petruswerk hat zwischenzeitlich ein Verkaufsangebot in Höhe von 600.000€ unterbreitet. Für die Stadt besteht nicht die Möglichkeit, das Gebäude zu diesem Preis zu erwerben.

Zu TOP: 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Frau Heinrich bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme zu dem offenen Brief der Markthändler, der allen Fraktionen vorliegt.

Anmerkung zum Protokoll:

Zu diesem Thema erfolgt eine Antwort aus dem zuständigen Fachamt.

Zu TOP: 9 Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident informiert, dass sich das erweiterte Präsidium auf seiner Sitzung am 29. Oktober verständigt hat, auf Antrag der SPD-Fraktion zum

Thema „Verwaltungsreform: Auswirkungen und Handlungsspielräume“
am 10.01.2011 um 18:00 Uhr eine Sondersitzung der Bürgerschaft
einzuuberufen.
Die Einladungen dazu werden rechtzeitig zugestellt.

Weiterhin hat sich das Präsidium darauf verständigt, dass die Bürgerschaft am 13.12.2010 bereits um 16:00 Uhr beginnt, wenn es einen nichtöffentlichen Teil gibt, ansonsten um 16:30 Uhr. Im Anschluss an die Bürgerschaftssitzung soll das Jahr 2010 im Senatsaal aufgrund der Haushaltslage in einem kleinen Rahmen ausklingen.

Zu TOP: 10 Bestätigung der Niederschrift vom 27.09.2010

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Stimmenthaltungen
beschlossen

Zu TOP: 11 Schluss der Sitzung 22:50 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

- Anlagen:**
- Tätigkeitsbericht des Ombudsmannes
 - Schreiben des Wirtschaftsministeriums zum Hafen Ladebow
 - Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
 - Termine/wichtige Ereignisse
 - Antragsschreiben der NPD-Landtagsfraktion für Infostände
 - Anfrage zur Aufnahme SW I ins Programm Soziale Stadt
 - Liste der Beschlusskontrolle Oktober 2010 in den Fachausschüssen